



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 24.03.2017

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
der Stadtverordnetenversammlung  
am Donnerstag, 30. März 2017, um 16:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2017

2. Mitteilungen

3. **16-F-99-0001**

Fragestunde

4. **17-A-59-0003**

Bericht des ständigen Wahlvorbereitungsausschusses - Aussprache von Wahlempfehlungen:

- a) Wahl einer/eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten (Bürgermeisterin/Bürgermeister)
- b) Wahl von zwei hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

### ANLAGE NÖ

HINWEIS: Im Amt der Stadtverordnetenversammlung kann während den üblichen Dienstzeiten in die vollständigen Bewerbungsunterlagen eingesehen werden.

**5. 17-S-00-0001**

Wahl, Einführung und Verpflichtung einer/eines hauptamtlichen Ersten Beigeordneten (Bürgermeisterin/Bürgermeister)

**6. 17-S-00-0002**

Wahl, Einführung und Verpflichtung einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

**7. 17-S-00-0003**

Wahl, Einführung und Verpflichtung einer/eines hauptamtlichen Beigeordneten (Stadträtin/Stadtrat)

**8. 17-F-21-0018**

Wohnungsbau für Wiesbaden fördern - Förderziele für geförderte Wohnungen festlegen  
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2017 -

In Wiesbaden herrscht ein hohes Mietniveau -mit steigender Tendenz. Zahlreiche Haushalte sind als wohnungssuchend registriert, der Zuzug insbesondere junger Menschen mit tendenziell unterdurchschnittlichen Einkommen ist hoch. Es ist daher wichtig, auch in Zukunft eine soziale Durchmischung der Wohngebiete sicherzustellen und bezahlbaren Wohnraum für Familien, Ältere und Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen und auch für Studierende zu schaffen. Diese Situation, so steht zu erwarten, wird sich in den nächsten Jahren noch weiter zuspitzen, das die Stadt, im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Deutschland, auch weiterhin wächst.

Als Zielgröße sollte die Landeshauptstadt Wiesbaden von den insgesamt angestrebten 1.200 neu zu errichtenden Wohnungen pro Jahr 400 als geförderte Wohnungen realisieren. Von den 400 geförderten Wohnungen werden mindestens zwei Drittel als Mietwohnungen realisiert. Das ist eine enorme Kraftanstrengung für die Landeshauptstadt, die kommunalen Unternehmen und Genossenschaften. In planerischer, vor allem aber auch in finanzieller Hinsicht. Der kommunale Haushalt, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, aber auch das Land Hessen und der Bund sind gefordert, sich an dieser Aufgabe, die ja nicht nur in Wiesbaden zu bewältigen ist, zu beteiligen. Der Bund darf die Länder im geförderten Wohnungsbau allerdings - als Ergebnis der Föderalismusreform 2005 - nur bis 2019 finanziell unterstützen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, um dem Ziel von 400 neuen und geförderten Wohnungen pro Jahr näher zu kommen, bei Bauvorhaben ab 60 (zusätzlichen) Wohnungen mindestens 22 Prozent der neu geschaffenen Wohneinheiten als geförderte Wohnungen zu realisieren. Für stadtnahe Gesellschaften gilt die Vorgabe von mindestens 30 Prozent geförderter Wohneinheiten. Eine ausgewogene Mischung der Förderwege und des Wohnungsgemenges ist im Einvernehmen mit der Wohnungsbauförderung anzustreben. In begründeten Einzelfällen können die nachzuweisenden Wohnungen an anderer Stelle errichtet, durch mittelbare Belegung - etwa durch

den Kauf von Belegungsrechten für niedrige und mittlere Einkommen im Falle eines Mieterwechsels in freifinanzierten Wohnungen oder die Verlängerung auslaufender Belegungsbindungen um weitere zehn Jahre - sichergestellt oder durch Zahlung eines angemessenen Betrages abgelöst werden. Diese Regelung gilt ab Beschlussfassung.

2. Zur finanziellen Umsetzung

- a. wird ein gesonderter Wohnungsbau-Fonds („WoBau-Fonds“) eingerichtet,
- b. soll für ein Gesamtbudget i. H. v. 8,0 Mio. € p. a. bereitgestellt werden,
- c. wird dieser neue „WoBau-Fonds“ darüber hinaus auch gespeist aus einem Anteil von 20 Prozent der Erlöse aus Grundstücksverkäufen der Landeshauptstadt Wiesbaden, sowie aus möglichen Ablösezahlungen,
- d. wird der Magistrat beauftragt, in Verbindung mit der WVV und den Wohnungsbaugesellschaften ein Verfahren zur finanziellen Beteiligung der Gesellschaften zu entwickeln.

3. Da ab dem Jahre 2019 - nach derzeitigem Stand - Bundesmittel für den geförderten Wohnungsbau entfallen, fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, sich über die Landtags- und Bundestagsabgeordneten und die Gremien des Hessischen Städtetages dafür einzusetzen, dass der Bund auch über das Jahr 2019 hinaus die Bundesländer im geförderten Wohnungsbau finanziell unterstützt und eine Folgeregelung für die Ende 2019 wegfallenden Kompensationsmittel des Bundes geschaffen wird.

4. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Land Hessen, die Mittel dann vollständig zweckgebunden an die Kommunen weiterzugeben bzw. einzusetzen.

**9. 17-F-02-0010**

Dialogprozess - Novellierung Ballungsraumgesetz: Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2017 -

**10. 17-F-21-0020**

Den Boden bereiten für mehr gemeinschaftliche Wohnprojekte in Wiesbaden  
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2017 -

Seit Jahren ist bekannt, dass Wohnraum in Wiesbaden ein knappes Gut ist. Dies gilt sowohl für Mietwohnungsraum als auch für selbstgenutztes Wohneigentum.

Aus diesem Grund haben die Kooperationspartner neben der Schaffung von günstigem Mietwohnungsraum sowie Eigentumsmaßnahmen für Haushalte mit Kindern auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte sowie für Bauherrenmodelle vereinbart. Dies soll z.B. durch Vergabe von Grundstücken im Konzeptverfahren, inklusive eines angemessenen Anhandgabezeitraums geschehen.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte bzw. Baugemeinschaften (im Antrag als rechtsformunabhängiger Oberbegriff verwendet) können zu einer ausgewogenen Stadtentwicklung beitragen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gemeinsam mit der bei der SEG angesiedelten „Koordinierungsstelle für Wohninitiativen und Baugemeinschaften“ unter Beteiligung des „Runden Tisches für Wohninitiativen“ ein Konzept für die Vergabe von Grundstücken im Konzeptverfahren zu entwickeln mit dem Ziel, ausgewählte Grundstücke nicht zum Höchstpreis, sondern zu einem vorher festzulegenden Festpreis an Baugemeinschaften o.ä. zu vergeben.

Denkbar wäre es beispielsweise, bei der Ermittlung des Grundstückswerts einen Teil der Grundstücksfläche unberücksichtigt zu lassen, wenn sich die jeweilige Baugemeinschaft verpflichtet, angemessene Flächen und Räume für eine gemeinschaftliche Nutzung im Rahmen der Haus- und/oder Nachbargemeinschaft zu schaffen. Ebenfalls zu berücksichtigen sind Möglichkeiten, der jeweiligen Baugemeinschaft einen angemessenen Anhandgabezeitraum zur Verwirklichung des Vorhabens jeweils abhängig vom planungsrechtlichen Stand für das jeweilige Grundstück zu gewähren, wie es beispielsweise in Hamburg erfolgt.

Das zu entwickelnde Ausschreibungs- bzw. Vergabekonzept sollte insbesondere folgende Kriterien berücksichtigen:

- a. soziale Aspekte des Wohnprojektes: integratives Konzept (Gemeinschaftsbildung) von der Planungs- bis zur Wohnphase, Schaffung von bezahlbarem und sozial gebundenem Wohnraum, soziale Durchmischung, Stärkung des Quartiers, Mehrwert für die Nachbarschaft;
  - b. bauliche Aspekte: Originalität des Konzeptes hinsichtlich des architektonischen, energetischen und ökologischen Standards;
  - c. städtebauliche Aspekte: gelungene Quartiersentwicklung, Mobilitätskonzept;
  - d. wirtschaftliche Aspekte: Besteht bei der Baugemeinschaft ein wirtschaftlich tragfähiges Finanzierungskonzept, zeigt sich die Baugemeinschaft stabil, kompetent und belastbar.
2. Für die Entwicklung des Konzepts für ein Grundstücksvergabeverfahren zugunsten von Baugemeinschaften o.ä. sollen der „Koordinierungsstelle für Wohninitiativen und Baugemeinschaften“ bei der SEG 30.000 € bereitgestellt werden. Über die Mittelverwendung ist dem Ausschuss für Bauen, Planen und Verkehr und dem Runden Tisch zu berichten.

Falls die Mittel nicht vollständig für die Konzeptentwicklung aufgebraucht werden, möge der Magistrat nach Fertigstellung des Konzepts in Zusammenarbeit mit der „Koordinierungsstelle für Wohninitiativen und Baugemeinschaften“ bei der SEG einen Vorschlag vorlegen, wie die übrigen Mittel für eine direkte Förderung von Baugemeinschaftsprojekten in Wiesbaden verwendet werden könnten.

Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

3. Um zügig erste Erfahrungen zu erzielen, sollen in Baugebieten, welche vollständig oder zu großen Teilen im Eigentum der Stadt oder einer ihrer Wohnbaugesellschaften stehen, z.B. „Carl-von-Ossietsky-Gelände“, „Kastel Housing“, oder „Kastel AFEES“, einzelne Grundstücksflächen für Pilotprojekte vorgehalten werden.

## 11. 17-F-10-0006

Mehr Transparenz und Bürgernähe durch Livestream und Zusammenschnitt der Stadtverordnetenversammlungen

- Antrag der AfD-Fraktion vom 21.03.2017 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Hauptsatzung der Stadt Wiesbaden wird gemäß § 52 HGO ergänzt: „Die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung können im Internet als Ton- und Bildübertragung zugänglich gemacht werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung.“

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wird ergänzt um: "Die Stadtverordnetenvorsteherin/der Stadtverordnetenvorsteher veranlasst eine zeitgleiche Ton- und Bildübertragung der Redebeiträge im Internet. Die Ton- und Bildübertragung ist von der Stadtverordnetenvorsteherin/dem Stadtverordnetenvorsteher zu Beginn der Sitzung anzukündigen. Rednerinnen oder Redner, die einer Ton- und Bildübertragung widersprechen, haben dies der Stadtverordnetenvorsteherin/dem Stadtverordnetenvorsteher anzuzeigen. In diesem Fall werden Redebeiträge der oder des Widersprechenden nicht übertragen. Gleiches gilt für die dauerhafte Veröffentlichung der Ton- und Bildaufnahmen."

Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten,

2. Unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher und medienrechtlicher Bestimmungen die technischen Voraussetzungen zur Live-Übertragung (Ton und Bild) des öffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlungen auf der Internetseite [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de) zu schaffen. Diese soll zum 01.01.2018 und der damit einhergehenden Verabschiedung des Doppelhaushalts 2018/2019 beginnen. Zu Erprobungszwecken soll eine testweise Übertragung bereits am 01.10.2017 mit Beginn der Haushaltsdebatte gestartet werden.
3. Die aufgezeichneten Bild- und Tonaufnahmen zeitnah, nach einzelnen Tagesordnungspunkten getrennt abrufbar, auf der Internetseite [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de) für mind. 3 Monate zu veröffentlichen.

## 12. 17-F-05-0010

Den Wissensschatz der Bürgerinnen und Bürger heben - E-Partizipation ermöglichen  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 22.03.2017 -

Kommunalpolitische Entscheidungen haben einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität vor Ort. Aus diesem Grund sollten die Beschlüsse der städtischen Gremien und der Verwaltung möglichst einen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Durch den Wandel vom Obrigkeitsstaat zur demokratischen Bürgergesellschaft sind Top-Down-Entscheidungen keine zeitgemäßen Instrumente mehr und können die meisten Herausforderungen nicht mehr nachhaltig bewältigen. Inklusive Entscheidungsprozesse ermöglichen es daher, das Wissen vieler zielführend und im Sinne besserer Entscheidungen für die Allgemeinheit zu nutzen. Bei E-Partizipation geht es darum, die Expertise von Verwaltung und Politik mit dem zusätzlichen Wissen aus der Mitte der Gesellschaft zu erweitern und somit die Entscheidungsgrundlagen anzureichern. Neben diesem Nutzbarmachen von Bürgerwissen führt das inklusive Entscheiden auch zu einer höheren Identifikation der Betroffenen mit den Entscheidungen und erhöht somit deren Akzeptanz und erleichtert deren Umsetzung. Bürgerinnen und Bürger werden somit in die Entscheidungsprozesse integriert und zu Partnern des Wandels gemacht.

Erste positive Erfahrungen in diesem Bereich haben in Deutschland beispielsweise die Stadt Wuppertal sowie die Region Altmark mit dem Angebot des deutsch-israelischen Unternehmens 'Insights' gemacht. Auch die Landeshauptstadt Wiesbaden hat mit ihren Leitlinien zur Bürgerbeteiligung den Weg in Richtung moderne Bürgerbeteiligung eingeschlagen. Dieser Weg sollte kontinuierlich weiterverfolgt und fortgesetzt werden.  
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten,

a. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits im Rahmen der Leitlinien für Bürgerbeteiligung getroffen hat, um die Bürgerinnen und Bürger der Stadt stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden.

b. an welchen Stellen der Stadtverwaltung die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger noch ausbaufähig ist.

2. zu prüfen, welche Bereiche und welche Projekte neben den bereits anvisierten besonders geeignet wären, um innovative E-Partizipation zu ermöglichen und umzusetzen.

3. nach positiver Prüfung die Instrumente der E-Partizipation in das Verwaltungshandeln aufzunehmen und anzuwenden.

13. 17-V-33-0001

DL 09/17-1

Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden

14. 17-F-21-0019

Zusätzliche Räumlichkeiten an der Fritz-Gansberg-Schule  
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 21.03.2017 -

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die  
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

## Tagesordnung II

1. 16-F-02-0036

Bäderkonzept mattiaqua  
-Antrag der CDU-Fraktion zu TOP I/5 der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.  
November 2016-

ANLAGE

2. 16-V-40-0034

DL 10/17-1

Übertragung von CO-Budget aus dem Schulamt in die Schulbudgetierung

3. **16-V-66-0227** **DL 14/17-1, 12/17-1**

Friedrich-Ebert-Allee, Einrichtung von Radverkehrsanlagen

4. **16-V-66-0228** **DL 10/17-2**

Adolfsallee - Fußgängerquerung auf der Höhe der Matthias-Claudius-Straße

5. **17-F-01-0003**

Für Entwicklung am Ostfeld/Kalkofen Vorbilder und Erfahrungen nutzen  
Antrag der Fraktion SPD vom 25.01.2017

**ANLAGE**

6. **17-F-33-0004**

Zuschuss Begabtenakademie  
-gem. Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 16. März 2017-

**ANLAGE**

7. **17-F-33-0005**

Zuschuss Projekt Schulpaten  
-gem. Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 16. März 2017-

**ANLAGE**

8. **17-F-21-0004**

Berichtsantrag Unterhaltsvorschuss  
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 8.3.2017 -

**ANLAGE**

9. **17-F-21-0005**

Attraktivierungsmaßnahmen Schwimmbäder  
- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 07.03.2017 -

**ANLAGE**

10. **17-F-21-0006**

Raddirektverbindung Mainz - Wiesbaden

- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2017 -

**ANLAGE**

**11. 17-F-21-0007**

Fahrradabstellanlagen

- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2017 -

**ANLAGE**

**12. 17-F-21-0008**

Zuschuss - Infrastruktur des SJR stärken

-gem. Antrag der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2017-

**ANLAGE**

**13. 17-F-21-0009**

Einmaliger Zuschuss Ausbildungsprogramm „5+3“

-gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15. März 2017

**ANLAGE**

**14. 17-F-21-0010**

Bau des Kreisels in der Soonwaldstraße in Delkenheim

- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2017 -

**ANLAGE**

**15. 17-F-21-0011**

Einmaliger Zuschuss für das Projekt StarKi

gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 16.03.2017 -

**ANLAGE**

**16. 17-F-21-0012**

Einmaliger Zuschuss zur Einführung eines Fachverfahrens bei der Bezirkssozialarbeit

- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2017 -

**ANLAGE**

**17. 17-F-21-0013**

Einmaliger Zuschuss für das Haus der Jugendorganisationen

- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2017 -

**ANLAGE**

**18. 17-F-21-0014**

Einmaliger Zuschuss für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenachteiligte

- gem. Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2017 -

**ANLAGE**

**19. 17-F-33-0002**

Finanzierung der 25 entfristeten OPB (2017)

-gem. Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 13.03.2017-

**ANLAGE**

**20. 17-F-33-0003**

Ausweitung des „Augsburger Modells“ zur Reduzierung der Taubenpopulation (zusätzliche Taubenschläge)

-gem. Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 13.03.2017-

**ANLAGE**

**21. 17-V-01-0007**

**DL 14/17-2**

Bürgerbeteiligungsverfahren zur Nutzung des Grundstückes Wilhelmstraße 1

**22. 17-V-06-0002**

**DL 08/17-1**

Haushaltsauswirkungen durch Flüchtlinge 2015/2016

**23. 17-V-06-0004**

**DL 10/17-4**

Neuausrichtung städtische Altenpflege; Machbarkeitsstudie Moritz-Lang-Haus

**24. 17-V-10-0001**

**DL 13/17-1**

Neubau eines gemeinsamen Bürgerhauses Kastel/Kostheim - Sachstand

**ANLAGE**

**25. 17-V-10-0002**

**DL 10/17-5**

Bürgerhaus Tattersall - Brandschutzsanierung - Grundsatzvorlage

26. **17-V-10-0004** **DL 10/17-6**  
Bürgerhaus Vereinshaus Breckenheim - Mehrkosten
27. **17-V-11-1005** **DL 10/17-7**  
Schaffung einer Planstelle im Personal- und Organisationsamt  
**ANLAGE**
28. **17-V-20-0004** **DL 08/17-2**  
Haushaltsplan 2018/2019 - Orientierungsrahmendaten
29. **17-V-40-0001** **DL 09/17-2**  
Pakt für den Nachmittag 2017/2018
30. **17-V-40-0005** **DL 10/17-8**  
Jahresabschluss 2016; IM - Deckungen für Grundschulkinderbetreuung
31. **17-V-50-0002** **DL 09/17-3**  
Planstellen Fallmanagement Jugend
32. **17-V-51-0002** **DL 09/17-4**  
Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2016, Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen
33. **17-V-51-0005** **DL 14/17-4**  
Pakt für den Nachmittag an der Ludwig-Beck-Schule Betreuende Grundschule als Betreuungsträger ab dem Schuljahr 2017/2018
34. **17-V-52-0002** **DL 09/17-5**  
Sporthalle Wilhelm-Leuschner-Schule - Dachsanierung  
**ANLAGE**
35. **17-V-66-0201** **DL 09/17-7**  
Straßenbeleuchtungsvertrag, Umsetzung der Finanzierung

36. **17-V-66-0203** **DL 08/17-4**  
Weißenburgstraße - Fußgängerquerung auf Höhe des Sedanplatzes
37. **17-V-67-0001** **DL 08/17-5**  
Mitgliedschaft im DWV - "Deutscher-Wildgehege-Verband e. V."
38. **17-V-67-0002** **DL 08/17-6**  
Zusetzung von Mitteln für die Sanierung von Friedhofsmauern
39. **17-V-80-8001** **DL 13/17-3**  
Beschäftigungsprojekt Bürokräft EXINA 2017 bis 2019

### Tagesordnung III

1. **17-V-01-4003**  
Ehrung von Stadträtin Rose-Lore Scholz anlässlich ihres Ausscheidens  
**ANLAGE**
2. **17-V-01-0010** **DL 14/17-3, 10/17-3**  
Grundsätze guter Unternehmensführung der Landeshauptstadt Wiesbaden  
**ANLAGE**
3. **17-V-36-0001** **DL 08/17-3**  
Nachberufung eines Mitgliedes in den Naturschutzbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden
4. **17-V-53-0001** **DL 09/17-6**  
Wahl von ehrenamtlichen Patientenfürsprecherinnen gemäß § 7 Hessisches Krankenhausgesetz
5. **17-V-61-0001** **DL 14/17-7, 12/17-2 , 10/17-2 NÖ**  
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Autohaus Äppelallee" im Ortsbezirk Biebrich

-Aufstellungs- und Entwurfsbeschluss

**ANLAGE**

6. 17-V-61-0002 DL 14/17-8, 11/17-1 , 10/17-3 NÖ

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt -  
Satzungsbeschluss -

**ANLAGE**

7. 17-V-61-0004 DL 11/17-2, 10/17-4 NÖ

Bebauungsplan "St. Josefs-Hospital" im Ortsbezirk Südost - Satzungsbeschluss -

**ANLAGE**

8. 17-V-81-0001 DL 08/17-8

Wahl eines Mitgliedes des Personalrates in die Betriebskommission WLW

9. 17-V-81-0002 DL 08/17-9

Bestellung wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrener Personen für die  
Betriebskommission WLW gemäß § 6 (3) EigBGes, § 5 (1) d) Betriebssatzung WLW

**Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:**

10. 17-V-10-0006 DL 13/17-2

Attraktivierungsmaßnahmen in Bürgerhäusern

**ANLAGE**

11. 17-V-52-0007 DL 14/17-6

Investitionszuschuss für den Verein für Rasenspiele Wiesbaden e. V. für den Umbau des  
vereinseigenen Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz

**ANLAGE**

1. **16-V-80-2321** **DL 08/17-1 NÖ**  
Verkauf eines noch zu bildenden Grundstücks im SO-Gebiet Petersweg-Ost gemäß beigefügter Flurkarte
2. **17-V-06-0003** **DL 08/17-2 NÖ**  
Restrukturierung der Altenpflegegesellschaften  
**ANLAGE NÖ**
3. **17-V-41-0002** **DL 10/17 NÖ**  
Kulturzentrum Schlachthof/ Erlass eines Betrauungsakts; Antrag auf Gewährung eines Darlehens
4. **17-V-63-0001** **DL 14/17-1 NÖ**  
Bauantrag: Neubau eines Studentenwohnheimes mit 180 Wohneinheiten sowie großflächigem Einzelhandel im Erdgeschoss und einer Tiefgarage  
**ANLAGE NÖ**
5. **17-V-80-2310** **DL 10/17-5 NÖ**  
Verkauf eines Einfamilienhauses

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin